

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nr. 200

Juli / August 2011

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



Wir können Strache verhindern

Die jüngsten Umfragen zeigen die FPÖ in der sogenannten Sonntagsfrage erstmals auf dem ersten Platz. Eine breite soziale Bewegung von Studierenden, SchülerInnen und Lehrlingen, von Erwerbslosen und ArbeitnehmerInnen, von In- und AusländerInnen kann sie aber stoppen.

SEITE 2



Privatisierung der ÖBB - Niemanden stört es?

Finanzministerin Fekter meint, die Bahn könne man ganz locker privatisieren; während sich unter der ÖBB-Betriebschaft Resignation breitmacht, stehen die betroffenen Gewerkschaften ohne Strategie dagegen da.

SEITE 3



Ihr werdet euch noch wünschen...

...wir wären unpolitisch. Die Zukunft für die meisten Jugendlichen sieht düster aus. Deshalb gehören sie auch zu den ersten, die weltweit gerade gegen die Sparpakete Sturm laufen.

SEITEN 4/5



Brutale Unterdrückung, massive Proteste

Trotz strengster Repression und rücksichtsloser Unterdrückung scheint das syrische Volk zum Sieg über das verhasste Regime entschlossen. Denn aller Gewalt zum Trotz gehen die Massenproteste weiter.

SEITE 7

Nein zum SPARTERROR von EU und Regierung!

Europaweiter Widerstand statt nationalistischer Hetze!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Die EU ist in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung. Nationale Regierungen wie auch EU-Gremien hanteln sich von einem „Rettungsversuch“ zum nächsten. Doch nichts hilft. Der Investor George Soros meinte treffend: „Wir stehen am Rande eines Kollapses.“ Doch in Österreich wird so getan, als ob uns das nichts angegne und „bei uns“ ohnehin alles in Ordnung wäre.

Angriff auf die „Pleitegriechen“

Griechenland zeigt, was diese Krise wirklich bedeutet. Nur ein Jahr nach dem ersten „Rettungspaket“ von IWF und EU ist die soziale Lage katastrophal. Die Kürzungen, die als Bedingung verlangt wurden, katapultieren die griechischen ArbeiterInnen in die Katastrophe: 34% der Haushalte leben in Armut. 45% können sich nicht ausreichend ernähren. 50% werden im Winter nicht ausreichend heizen können. Das im Juni beschlossene nächste Kürzungspaket wird die Situation noch dramatisch verschlimmern. Trotzdem hetzen Medien und Politik gegen die „Pleitegriechen“. Sie hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“. Doch die „Rettungspakete“ dienen nur zur Sicherung der Einlagen europäischer Banken. Die Finanzmärkte spekulieren munter weiter – zahlen sollen die griechischen ArbeiterInnen. Die Regierung setzt um, was die EU fordert. Beide sind Werkzeuge der Finanzmärkte und der Wirtschaft.

Österreich ist keine „Insel der Seligen“

Massenstreiks in Griechenland und Britannien, Jugendrevolten in Spanien und Portugal. Nur in Österreich scheint alles ruhig. Denn, so versichern uns Medien und Politik, bei uns ist die soziale Welt noch in Ordnung. Das deckt sich nicht mit der Realität vieler Men-



schen. „Einmal einkaufen und schon sind 30 Euro weg – ein Wahnsinn“ ist Normalität an der Supermarktkasse. Zur Ferienzeit steigen die Spritpreise wieder. Massive Kürzungen in der Steiermark, Oberösterreich und Wien im Gesundheits- und Pflegebereich. Immer mehr Jugendliche, die prekäre oder gar keine Jobs haben.

Sie scharren in den Startlöchern

Die nackten Zahlen zeichnen das Bild eines florierenden Österreich in einem Meer von krisengebeutelten Volkswirtschaften. Doch gleichzeitig sind die Leichen in den Kellern der Banken, die massiv in Osteuropa investiert haben, zahlreich und werden diese bei einem neuerlichen Einbruch ins Trudeln bringen. Die Exportbasis des Wachstums ist eine höchst wackelige. Zwei Drittel der Gemeinden sind tief verschuldet und haben kein Geld mehr für Soziales und Gesundheit. Der schwächelnde Tourismus (minus 11,6 % im Mai) ist ein Indikator für niedrige Löhne und Zukunftsängste. All das zusammen heißt:

zur Gänze in den Taschen der Aktionärrinnen, ManagerInnen und sowieso schon Reichen. Das Vermögen der Superreichen steigt jährlich um rund 10%. Die zehn reichsten Familien in Österreich besitzen 63,5 Milliarden Euro. Diese unfassbare Summe fehlt z.B. im Bildungswesen dringend! Die Voest machte zwar 2009/10 über 100 Millionen Euro Gewinn, hat aber in den letzten Jahren 12 % der Beschäftigten abgebaut.

Die FPÖ ist die einzige Parlamentspartei, die offensiv gegen die Zahlungen an Griechenland wettert. Sie trifft damit einen Nerv. Viele fragen sich, warum wir schon wieder zahlen müssen. Die Frage ist richtig: Warum soll bei uns gekürzt werden, um das Geld den Banken in den Rachen zu werfen! Die Antwort der FPÖ ist eine nationalistische und rassistische. Die angeblich soziale Partei fordert weitere drastische Kürzungen für die griechischen ArbeiterInnen. Das lässt erahnen, welche Maßnahmen sie setzen würden, wenn sie hier in der Regierung wären. Unsere Antwort auf die Krise der EU ist eine andere: es ist gut und richtig, dass sich Jugendliche und ArbeiterInnen in vielen Ländern gegen die Zerschlagung ihrer Zukunft wehren. „Kämpfen wie in Griechenland“ kann bald auch in Österreich notwendig werden, wenn die nächsten Angriffe kommen. Statt den Banken das Geld in den Rachen zu werfen muss die Forderung lauten: „Wir bezahlen die Schulden nicht! Verstaatlichung der Banken – wir kontrollieren und verwalten das Geld selbst und überlassen es nicht den kapitalistischen ManagerInnen.“ Wenn die Löhne in Griechenland sinken, profitieren nur die Unternehmen davon und wollen unsere auch gleich senken. Die Antwort auf die Krise ist ein gemeinsamer Kampf von ArbeiterInnen und Jugendlichen in ganz Europa gegen die Kürzungen der EU und der jeweiligen Regierung! Statt nationalistischer Rückzugspolitik brauchen wir die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa!

Das bisschen Wachstum verschwindet

**Der Standpunkt**Von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich...

Vor knapp einem Jahr wagten sie es – die erste rot-grüne Landesregierung Österreichs wurde aus der Taufe gehoben. Das von der FPÖ beschworene Chaos ist ausgeblieben. Die Veränderungen auch. Die Grünen in Wien haben seit jeher den Ruf, die linkesten in der Gesamtpartei zu sein. Manche mögen in ihren Bücherregalen noch marxistische Klassiker stehen haben, andere waren dabei, damals in Hainburg und Zwentendorf. Doch der Pragmatismus hat rasend schnell von ihnen Besitz ergriffen. Eine Verbesserung (erhöhte Mindestsicherung für Kinder) kann über die vielen Verschlechterungen nicht hinwegtäuschen: Kürzungen im Gesundheitswesen, Arbeitsdruck und prekäre Jobs bei der Gemeinde Wien, Abriss des günstigsten Studierendenheims in Wien, Bau neuer Tiefgaragen und Umsetzung der rassistischen Abschiebepolitik auch in Wien. Rot-Grün in Wien ist nicht „anders“, sonst ganz gewöhnliche, pragmatische Politik.

Dass es bei der SPÖ dagegen keinen Widerstand gibt, ist klar. Doch auch beim letzten Landesparteitag der Grünen gab es kaum Protest über die Politik in der Landesregierung. Wer es bisher noch bezweifelt hat: Die Grünen sind endgültig im Establishment angekommen. Und doch: Jüngst hat eine grüne Bezirksrätin mir erzählt, wie sauer sie über die bürgerliche Politik „ihrer“ Partei ist. Dass sie sich vielleicht bald „was Neues“ suchen wird. Ihr Frust ist mit Sicherheit kein Einzelfall, sondern typisch für eine Schicht von Linken, die hofften, dass die Grünen für sie eine Heimat wären.

Bei mir werden Erinnerungen an Linke in der SPÖ wachsen. Auch sie sind unzufrieden, sehen keine Chance mehr, das Ruder noch nach links zu reißen. Und doch bleiben sie in scheinbar blindem Kadavergehorsam „ihrer“ Partei treu. Wird das auch bei den Grünen so sein? Werden sich auch hier die vielen Frustrationen mit dem kleineren Übel zufrieden geben? Und hoffen, dass es doch noch mal besser wird? Werden sie sich auf ihre regionalen Projekte zurückziehen, bei denen es noch Narrenfreiheit gibt? Frustrierte Grüne werden sicher nicht die Kraft sein, aus der eine neue starke linke Partei, eine neue ArbeiterInnenpartei entstehen wird. Aber sie können ihren Beitrag dazu leisten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Die FPÖ geistert als neue Nummer 1 durch Umfragen:

Wir können Strache verhindern!

Von Moritz Erkl, SLP-Graz

Am 18. Juni 2011 veranstaltete die FPÖ ihren „Grundsatzparteitag“ in der Grazer Messe. Geladen waren rund 600 Delegierte, welche aus ganz Österreich angereist waren um „ihrem H. C.“ die nötige Anerkennung zu zollen. Mit Blasmusik und Bier wurde ein „neues“ altes Parteiprogramm, welches sich nun endlich wieder zur „deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ bekennt, beschlossen. Bei der Wahl des Parteivorsitzenden wurde Strache ohne GegenkandidatInnen mit 94,36 % wiedergewählt.

In seiner zweistündigen Hetzrede stellte er den Kanzleranspruch, ansonsten gab es viel Übliches: AusländerInnen- und EU-Hetze vermischen sich mit angeblicher Systemkritik. Ein Blick auf die zehn freiheitlichen Gebote, welche das „Grundsatzprogramm“ anleiten, zeigt Altbekanntes, Konservatives und Wirtschaftsliberales: So wird vom freiheitlich nationalen Rechtsstaat und Gesundheitswesen gesprochen (für StaatsbürgerInnen), der Familie (Frau/Mann/Kind) als „Klammer einer funktionierenden Gesellschaft“ (also gegen homosexuelle Partnerschaften, Adoptionsrecht und Abtreibung), den Möglichkeiten der Marktwirtschaft (die wohl beliebteste Umschreibung für Kapitalismus, Leistung soll sich schließlich lohnen!) und „ein Verbund freier Vaterländer“ wären das Ziel.

Norbert Hofer, selbst Mitautor des Programms, gesteht, unter anderem das Parteiprogramm des VdU von 1949 als Vorbild genommen zu haben, da es so „grundsätzlich“ gewesen sei. Der „Verband der Unabhängigen“ fungierte 1949 als Auffangbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder.

Straches dreifacher Spagat

Die FPÖ hat aus ihrer Vergangenheit und den schmerhaften Erfahrungen als Regierungspartei und einer Parteispaltung in FPÖ/BZÖ gelernt. Der ideologisch bewusste Rechts-ausländer-Flügel in Form der Burschenschaften, der die FPÖ dominiert, stand einer neuzeitlichen Regierungsbeteiligung lange skeptisch gegenüber. Mölzer hat im

News-Interview hier einen gewissen Kurswechsel vorgegeben und reagiert damit auch auf den Druck von den FunktionärInnen der FPÖ, die endlich an die Futtertröge der Macht wollen. Die FPÖ ist in Umfragen massiv gestärkt, teilweise stärkste Partei. Sie profitiert maßgeblich von der Schwäche der anderen Parteien.

Mit Barbara Kappel macht die FPÖ ein deutliches Angebot an die Wirtschaft und die ÖVP. Die rechte Hand des milliardenschweren FPÖlers und Unternehmers Thomas Prinzhorn ist selbst Chef von Austrian Technologies und pflegt beste Kontakte zu verschiedenen Großunternehmen. Sie ist eine Neoliberale, möchte Körperschafts- und Einkommenssteuer senken und definiert die FPÖ als „Partei der LeistungsträgerInnen ... welche die Abgabenquote und die Lohnnebenkosten senken möchte, um einen wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen“.

Wie jede bürgerliche Partei wird auch die FPÖ in Krisenzeiten dazu gezwungen, zu kürzen. Um das Image der „sozialen“ Heimatpartei zumindest eine Weile aufrecht zu erhalten, wird sie versuchen, besonders hart auf MigrantInnen einzuschlagen, um bei ihrem sozial schwachen WählerIn-



nenklientel die Angriffe hinauszuschieben.

Der FPÖ gelingt es geschickt, verschiedenes rechtes Gedankengut aufzufangen. Ob nun KarrieristInnen wie Barbara Kappel, welche so schnell wie möglich nach Macht streben, oder Burschenschafter wie Martin Graf (Olympia).

Den 3. Part, den Strache zu bedienen hat, sind die WählerInnen. Die Brücke zwischen diesen Lagern zu schlagen, gelingt ihm bisher noch ganz gut, wird jedoch mit einer Regierungsbeteiligung immer schwieriger werden. Die Probleme werden sich dadurch nicht lösen, sondern nur die Angriffe auf MigrantInnen und dann auch „österreichische“ ArbeiterInnen und Jugendliche verstärken.

Strache verhindern

Während in anderen Ländern Reichtumsbesteuерungen oder Systemalternativen diskutiert werden, spielen in Österreich Themen wie die effektivsten Möglichkeiten von Abschiebungen der rechtspopulistischen Hetze und damit den Freiheitlichen in die Hände. In der ÖVP gibt es relevante Teile, die mit einer Koalition mit der FPÖ liebäugeln. Die SPÖ schließt zwar zur Zeit eine solche aus, treibt aber durch ihre Politik die WählerInnen der FPÖ in die Arme. Kein kleineres Übel wird die FPÖ stoppen, sondern eine breite soziale Bewegung von Studierenden, SchülerInnen und Lehrlingen, von Erwerbslosen und ArbeitnehmerInnen, von In- und AusländerInnen gemeinsam gegen die Kürzungspolitik der Regierung. Eine solche Bewegung kann auch ein Ansatzpunkt für eine neue Partei sein, die so dringend nötig ist. Eine Partei, die Kämpfen gegen Sozialabbau mit Kämpfen gegen Rassismus verbindet und eine wirkliche, sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien darstellt.

TERMIN

Mittwoch, 31. August 2011, 19:00

1 Jahr Rot-Grün: Eine Bilanz

Gastreferent: Klaus Werner Lobo, Gemeinderat für die Grünen Wien

Pizzeria La Piazza,
Wien 20, Gaußplatz 7

Profite raus aus der Lebensmittelproduktion!

Wird Essen zum Gesundheitsrisiko?



Copyright: Ulrich Schäferschmidt / OTS / Topfis

Von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Der EHEC-Skandal hat viele Menschen verunsichert – wieder einmal. Was dürfen wir jetzt überhaupt noch essen? Welches Essen ist sicher? Da bemüht man sich, sich selbst und seine Kinder gesund (und kostengünstig) zu ernähren – aber das ist harte (unbezahlte) Arbeit und kostet Geld. Einkaufen gehen, kochen – und sich informieren. Was schwer ist, da die aufgedruckten Angaben völlig unverständlich sind und wir nicht die Zeit haben, um den Weg unseres Essens vom Produzenten zum Supermarkt direkt nachzuverfolgen.

Produktion für Profite

Lebensmittelskandale sind nichts grundsätzlich Neues. In den 90ern war es BSE, immer wieder gibt es Fleischskandale. In unserem Essen tummeln sich E-Inhaltsstoffe, Pestizide, Konserverungsmittel. Es wird gentechnisch verändert oder sinnlos durch die Welt verschifft. Tiere werden auf engem Raum zusammengepfercht, Atomkatastrophen verstrahlen Ozeane, etc.

Bio-Lebensmittel galten lange als die Antwort auf alle Probleme – für jene, die sich teure Produkte leisten können. Aber nach dem EHEC-Skandal stellt sich zurecht die Frage, ob denn ein Bio-Siegel allein reicht, um sicheres, gesundes Essen zu garantieren. Was bleibt, ist Verunsicherung. Dahinter steckt folgendes: Im Kapitalismus wird für Profite produziert und KonsumentInnen bzw. die Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie haben keine oder kaum Kontrolle darüber wie und was produziert wird. Die etablierten Parteien vertreten die Interessen der großen Agrarbetriebe und Lebensmittelkonzerne – die eifrig mit Subventionen gefüttert

werden. Nach der Atomkatastrophe in Japan hat die EU versucht, die Strahlungsgrenzwerte für japanische Lebensmittel hinauf zu setzen! Gleichzeitig sparen die Regierungen in ganz Europa die Gesundheitssysteme kaputt, Küchen in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Spitäler werden privatisiert oder ausgegliedert.

Kontrollieren kann man nur was einem auch gehört!

Parteien wie die Grünen setzen auf Ideen wie „verantwortliche KonsumentInnen“ oder „Konsumboykotte“. Sie ignorieren zwei Dinge: Erstens, dass das nur möglich ist, wenn man das Geld dafür hat – auf die „Bio-Lohnerhöhung“ warten wir bisher vergebens. Und zweitens, dass man nur kontrollieren kann, was einem auch gehört. Wir meinen: Profite raus aus der Lebensmittelproduktion! Die Agrar- und Lebensmittelindustrie muss in öffentliches Eigentum überführt werden und die Produktion von den Beschäftigten und den KonsumentInnen kontrolliert werden. KleinbauerInnen müssten durch staat-

liche Kredite und Preisgarantien Unterstützung bekommen, um auf ökologische Produktion umzustellen. Um die Maschinen besser nutzen zu können und damit die Familienbetriebe auch mal Urlaub machen können, könnte ein freiwilliger Zusammenschluss zu gemeinschaftlichen Betrieben gefördert werden (im Gegensatz zur Zwangskollektivierung im ehemaligen Ostblock). Wir wollen sicheres, gesundes und leistbares Essen – und dafür brauchen wir eine sozialistische Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an den Profiten der Unternehmen!

TERMIN

Mittwoch, 13. Juli 2011, 19:00

Ernährung im Kapitalismus

Gastreferent: Heinz Schöfl, Konsumentenschutz, AK Wien

Pizzeria La Piazza,
Wien 20, Gaußplatz 7

MillionärInnen können uns nicht vertreten, oder:

Das Sein bestimmt das Bewusstsein

Von Christian Bunke, SLP-Wien

Warum ordnen sich die Gewerkschaften der Logik von Politik und Wirtschaft unter? Warum wird immer wieder gegen die Interessen von Beschäftigten verhandelt und agiert? Ein Problem ist die schon mafiotisch anmutende Verflechtung zwischen Politik und Gewerkschaftsspitzen. Da ist zum Beispiel Fritz Neugebauer, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst GÖD. Nebenbei ist er noch Nationalratsabgeordneter für die ÖVP. Er ist auch Präsident der CESI-Eurofedop, dem Dachverband von Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in Europa. Für diese und andere Ämter verdient er fast 200.000 Euro im Jahr!

Die Riege der MehrfachverdienerInnen...

Fritz Neugebauer ist nicht allein. Im Nationalrat sitzen etliche ÖGB-Mitglieder und FunktionärlInnen, viele von ihnen mit SPÖ-Mandat. Für Lohnabhängige holen sie jedoch wenig heraus, ja sie stimmen noch nicht mal gegen Kürzungen. Der Tiroler ÖGB forderte unlängst Gewerkschaftsmitglieder, die Mandate im Tiroler Landtag inne haben, dazu auf, gegen Sozialabbau zu stimmen. Dazu war keineR bereit. In allen anderen österreichischen Landtagen und Gemeinderäten ist die Lage ähnlich trist.

GewerkschaftsfunktionärInnen bekommen weit mehr Geld als NormalverdienerInnen. Und dies, obwohl seit 2007 eigentlich eine Gehaltsobergrenze für ÖGB-Hauptamtliche gilt. Diese ist jedoch sehr hoch, liegt bei rund 6.000 Euro pro Monat. Viele Lohnabhängige kommen vielleicht auf 2.000 Euro im Monat. ÖGB-Präsident Foglar verdient im Gegensatz dazu rund 120.000 Euro im Jahr!

Der Vorsitzende der Gewerkschaft für Privatangestellte Katzian ist gleichzeitig Nationalrats-



abgeordneter. Hinzu kommen zahlreiche Nebentätigkeiten, beispielsweise ist er Mitglied des Präsidiums und Weltvorstandes von Union Network International. Er kommt auf 100.800 Euro im Jahr.

Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm, von der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, ist gleichzeitig in diversen Aufsichtsräten aktiv, zum Beispiel bei der BAWAG. Sein Jahresgehalt: 220.909 Euro! Vielleicht ist er bereits Millionär!

Gürtel enger schnallen?

Im Herbst stehen wieder Kollektivverhandlungen an. Aus der Wirtschaft werden dann wieder die üblichen Forderungen nach Lohnzurückhaltung kommen. Das ist nicht anders zu erwarten. Mit schöner Regelmäßigkeit kommt aber auch immer wieder der Angriff aus den scheinbar eigenen Reihen. Ein Herr Hundstorfer entwickelt sich da schnell zur gespaltenen Persönlichkeit – oder wechselt über-

haupt die Seite. Als ehemaliger ÖGB-Vorsitzender soll er die Forderungen seiner Gewerkschaft umsetzen. Aber als Sozialminister agiert er gerade gegen diese Forderungen. So sprach er sich 2010 gerade mal gegen eine „absolute Nulllohnrunde“ aus. Reallöhne in Österreich sinken seit Jahren, es ist höchste Zeit für echte Gehaltserhöhungen. Diese müssen erkämpft werden. Das geht aber nicht mit GewerkschafterInnen, die gleichzeitig von Regierungsseite aus Lohndeckelung forcieren.

Für Offenlegung aller Gehälter!

MillionärInnen können uns nicht vertreten! Interessenvertretung braucht Transparenz. Lohnabhängige, Erwerbslose, Jugendliche und MigrantInnen brauchen VertreterInnen in Gewerkschaften und Politik, die ihre Interessen gegen Lohnraub und Sozialabbau verteidigen und auch bereit sind zu kämpfen. Dafür ist es aber nötig, eine Rechenschaftspflicht einzuführen. Alle FunktionärInnen der SLP und des

CWI (der internationalen Organisation, der die SLP angehört) sind jederzeit abwählbar und müssen ihr Einkommen offenlegen. Dies gilt auch für unsere VertreterInnen in Parlamenten und Gewerkschaften. Sie alle beziehen ein Gehalt, das das durchschnittliche Einkommen normaler Lohnabhängiger nicht übersteigt. Außerdem haben VertreterInnen des CWI keinerlei Privilegien, beteiligen sich nicht an Dinnerparties mit den Bossen, wohnen in keinen 5-Sterne-Hotels und fliegen nicht Businessclass im Flugzeug.

Solche Maßstäbe müssen für alle gelten, die parlamentarische Positionen für linke Parteien, oder hauptamtliche Funktionen in Gewerkschaften inne haben. Nur wenn die VertreterInnen in KV-Verhandlungen nicht mehr verdienen als die KollegInnen für die sie verhandeln, können sie ernsthaft deren Interessen (die ja dann auch die eigenen sind) verteidigen. Wer zum Beispiel in der Steiermark das selbe Leben führt, welches von Kürzungen betroffene Menschen leben, die oder der hat dann auch ein gesteigertes Interesse daran, Angriffe auf die Lebensbedingungen der Menschen zu verhindern, beziehungsweise den Lebensstandard zu verbessern. Rechenschaftspflicht der Basis gegenüber verhindert, dass man in die korrupten Strukturen der etablierten Politik hineingezogen wird.

Die FPÖ übrigens, die vorgibt eine Alternative für arbeitende Menschen zu sein, praktiziert dies nicht. Im Gegenteil: Die letzte schwarz/blaue Regierung ging als die korrupteste in die jüngere Geschichte ein. Bis heute ziehen sich die Skandale und Selbstbereicherungen jener Zeit durch die Zeitungsspalten. Nicht zuletzt ist hier der „reiche und schöne“ Karl Heinz Grasser zu nennen. Eine andere Politik ist nur durch andere Methoden möglich. Transparenz und Rechenschaftspflicht gehören dazu.

Zug um Zug

Frau Fekter will die ÖBB endgültig privatisieren. Stört sich daran niemand?

Von Alexander Svojtko, SLP-Wien

Anlässlich ihres Übertritts in das Finanzministerium tat Maria Fekter – die ÖVP-Frau fürs Grobe – kund, dass sie sich fernerhin sprachlich etwas weniger rüde ausdrücken werde. „Finance (sprich: feinähnls)“, so sagte sie, „ist etwas anderes als Kieberei“. Am Pfingstwochenende allerdings kam es in gewohnt rustikaler Art über die Lippen der eisernen Lady in Black: „Die ÖBB kann man locker privatisieren, da hab ich überhaupt kein Problem..., damit das Werkl endlich funktioniert“. Was VORWÄRTS an dieser Stelle schon vor Monaten prophezeite, ist somit offizielle Linie der ÖVP-Regierungsriege geworden: Die Verscherbelung der Bahn zum Zwecke eines Nulldefizits. Und ganz generell legte Fekter in einem Standard-Interview nach: „Privatisierung ist gut, weil der Staat der schwerfälligeren Eigentümer ist“.

Wessen Bahn?

Wie „gut“ und weniger „schwerfällig“ das „Werkl“ Eisenbahn nach einer Privatisierung funktioniert, kann man nicht nur am Debakel der British Rail – überfüllte, verspätete Züge, überhöhte Ticketpreise und gravierende Sicherheitsmängel – studieren: So verkaufte die neuseeländische Regierung 1993 die staatliche New Zealand Rail Limited samt Schienennetz um 183 Millionen Euro an ein amerikanisches Konsortium. Dieses



schöpfte beim späteren Börsengang fette Gewinne ab, ließ nebenher aber die Infrastruktur und den Wagenpark verfallen, was dazu führte, dass der Staat die Bahn 2008 schließlich zurückkaufen musste: um 370 Millionen Euro. Oder Estland: 2001 wurde ein 66%-Anteil der staatlichen Eesti Raudtee an die mit US-Kapital finanzierte Investorengruppe Baltic Rail Service verkauft. Erlös: 64 Millionen Euro. Weil der Betrieb in Folge so wunderbar „funktionierte“ und zuletzt der Weiterverkauf an russische Investoren im Raum stand, kaufte Estland seine Anteile 2006 wieder zurück. Preis: 153 Millionen Euro – fast das Zweieinhalfache des ursprünglichen „Gewinns“. In der Tat: der Staat wirtschaftet schlecht – sobald er privatisiert und verkauft.

Unsere Bahn!

Trotzdem regt sich kein ernstzunehmender Widerstand gegen die dreisten Pläne Frau Fekters. Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) meinte lediglich: „Die Verscherbelungsdebatte ist entbehrlisch“; ÖBB-Chef Christian Kern sagt zwar: „Die ÖBB haben es sich zu lange gefallen lassen, dass sie von Teilen der Politik attackiert werden“. Doch wo ist der ÖGB? Die zuständige Gewerkschaft Vida lehnt die Privatisierung zwar ab – tut aber nichts konkretes. Das mag mit den Erfahrungen aus dem letzten großen Eisenbahnerstreik aus 2003 zusammenhängen: Der blieb in wei-

ten Teilen erfolglos und die KollegInnen kritisieren noch heute zu Recht den zu frühen Streikabbruch. Doch die Gewerkschaft scheint die seinerzeitigen Fehler bis heute nicht analysiert zu haben – und so mangelt es noch immer an einer klaren Strategie. Fatal für die Beschäftigten: denn sie würden im Privatisierungsfall – angesichts von Entlassungen, Lohnkürzungen und erschwerten Arbeitsbedingungen zu den VerliererInnen gehören. Ein ÖBBler bringt die Stimmung VORWÄRTS gegenüber so auf den Punkt: „Die KollegInnen haben resigniert“.

Diese Resignation kann nur auf Basis einer ehrlichen Bilanz unter Einbeziehung aller Beschäftigten über die bisherige Strategie überwunden werden. Dazu braucht es einen Kurswechsel – hin zu kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften. Und die Einbeziehung der anderen Gewerkschaften – denn eine Privatisierung bedeutet auch noch höhere Preise, noch weniger Nebenbahnen, noch weniger Pünktlichkeit und trifft damit ArbeiterInnen aus allen Bereichen.



Alles muss raus!

Ausverkauf in Österreich – was die Finanzministerin noch im neoliberalen Selbstbedienungsladen feilbieten will.

Der gestrengen Säckelwartin aus Attnang-Puchheim kann man vieles nachsagen, eines sicher nicht: Dass sie mit ihrer Meinung hinter dem Berg halten würde. So steht sie derzeit mit der SPÖ laut eigenen Angaben in offensiven Verhandlungen, was neue Privatisierungen angeht. „Ich habe keinen Schmerz dabei“, zitiert „Der Standard“ Maria Fekter, „staatsnahe Betriebe in die ÖIAG zu bringen, um dort das Beteiligungsmanagement professioneller zu betreiben ... Wir werden das angehen müssen.“

Konkret heißt das, dass alles, was in den letzten 20 Jahren noch nicht privatisiert wurde, spätestens jetzt feilgeboten werden soll – stellt die ÖIAG doch nichts anderes dar, als den Flohmarkt der Republik; so wickelte sie etwa die Privatisierung der Voest ab.

Und es gibt einiges, das die laut Selbstdefinition „wirtschaftsliberale“ Finanzministerin noch anzubieten hat – denn „grundätzlich sollten

wir da kein Denkverbot haben“ (Der Standard 7./8. Mai): Neben den ÖBB stünden demnach die Bundesimmobiliengesellschaft, der Verbund und auch die Münze Österreich zum Verkauf. Der Erlös solle neben dem Erreichen eines Nulldefizits dem Schuldendebau dienen, und „nicht gleich mit der Gießkanne wieder verstreut werden“.

Die großen Privatisierungen, so Fekters Mantra, seien überdies zum Wohl der jeweiligen Unternehmen. Falsch: Etwa im Fall der Austria Tabak, die unter Schwarz-Blau (und einem gewissen Herrn Grasser als Finanzminister) 2001 privatisiert – sprich: verkauft – wurde. Zum Wohl des Unternehmens hat Anfang Mai denn auch folgerichtig die letzte Zigarettenfabrik der ehemals staatlichen ATW in Hainburg zusperren müssen. Und was heißt „Wohl des Unternehmens“? Meint sie die Jobs, die vernichtet werden? Die Löhne, die reduziert werden? Aber damit hat Fekter sicher keine Schmerzen...

Ihr werdet euch noch wünschen, wir wären unpolitisch...

Jugendbewegungen in Europa: Die Zukunft für Jugendliche sieht düster aus. Auch deshalb sind Jugendliche oft die ersten, die gegen die verheerenden Sparpakte Sturm laufen. Dabei waren doch noch vor kurzem die Medien voller Beschwerden über die „unpolitische Generation“. Statt sich für die Gesellschaft zu engagieren, würden Jugendliche nur feiern und vor dem Computer sitzen.

Die ausgespuckte Generation

Auf Plakaten und Transparenten der Jugendbewegungen in aller Welt ist von der „ausgespuckten Generation“ die Rede. Jugendliche sind von Kürzungen besonders betroffen; immerhin steht die Zukunft auf dem Spiel, „Reserven“ gibt es noch keine. In Spanien z.B. soll trotz 40% Jugendarbeitslosigkeit das Pensionsantrittsalter erhöht werden. In Britannien wurden Studiengebühren von ca. 12.000 (9000?) im Jahr eingeführt und in Österreich wurde die Familienbeihilfe gekürzt. 60% gehen davon aus, dass es ihnen schlechter als noch ihren Eltern ergehen wird. Schon vor der Krise war die Situation oft prekär: Die Bildungssysteme sind enorm selektiv, wer also von den „falschen“ Eltern geboren wird, hat bereits von Anfang an verloren, weil vieles davon abhängt, ob die Eltern in der Lage sind, eine ordentliche Ausbildung zu finanzieren. In Wien z.B. kostet alleine die Nachhilfe für ein Kind durchschnittlich 911 im Jahr. Wer es zum Schulabschluss bringt, muss oft jahrelang nach einem Ausbildungsplatz suchen, nur um zuletzt aus der Not irgendwas zu lernen und dort oft nicht ausgebildet, sondern ausgebeutet zu werden. Wer studiert, sieht sich mit überfüllten Hörsälen und extremem Druck konfrontiert. Und dabei bringt eine „gute Ausbildung“ noch nicht einmal etwas. Die Revolutionen in den arabischen Ländern sind von einer Generation wütender Jugendlicher begonnen worden, die zwar eine gute Ausbildung haben, aber trotzdem keine Jobs bekommen. Auch bei uns wartet die „Generation Praktikum“ oft jahrelang auf einen bezahlten Job. Die Zukunftsangst von Jugendlichen ist also völlig berechtigt.

Die gedemütigte Generation

„Los Indignados“ (Die Empörten) nennen sich die protestierenden Jugendlichen in Spanien. Denn begleitet wurde diese stetige Verschlechterung der Lebensbedingungen europaweit mit Schmähungen gegen die Betroffenen. Jugendliche wären faul, würden nur feiern und vor dem Computer hocken. Sie würden sich zu Hause von den Eltern durchfüttern lassen, statt selber etwas aus ihrem Leben zu machen. Überall schreit es ihnen entgegen: Ihr müsst nur fleißig und brav sein. Wenn Eure Zukunft düster aussieht, dann ist es eure eigene Schuld.

Ein Ablenkungsmanöver: Seit Jahren wird bei der Bildung gespart. Jugendzentren oder Sporteinrichtungen werden eingestampft. Am Arbeitsmarkt hat sich der Druck mit zunehmender Globalisierung vervielfacht. Die Mietpreise steigen ins unendliche und so wird der von vielen ersehnte Auszug von „Zuhause“ unmöglich gemacht.

Die Lehrlinge seien „faul“, „schlecht“, „desinteressiert“ beschwert sich die Wirtschaft. Wie motiviert kann ein Jugendlicher denn sein, wenn zuerst monatelang verzweifelt eine Lehrstelle gesucht wird, auf hunderte Bewerbungen nicht einmal Absagen kommen und man dann in irgendeiner Maßnahme für ein Taschengeld eine Ausbildung machen muss, die einen überhaupt nicht interessiert?! Ein Wirtschaftssystem, das Jugendliche wie Dreck behandelt und ausspuckt, braucht sich nicht wundern, wenn diese dann entsprechend demotiviert sind.

Dazu passen auch Studien, denen zu Folge die Wertvorstellungen der unter 25jährigen immer konservativer werden. SchülerInnen träumen noch von Ungebundenheit und langen Reisen, während AbsolventInnen nur mehr auf einen festen Job, eine eigene Wohnung und eine „gesunde“ Familie hoffen. Zunehmend haben jun-



ge Frauen wieder das Ziel, Hausfrau zu werden. Mit konservativ hat dass allerdings wenig zu tun, sondern mit Perspektivlosigkeit. Nach langer und frustrierender Jobsuche mag Hausfrau zumindest eine realistische Perspektive sein.

Wir sind die wütende Generation

Aufgrund von Stress durch Studium und Arbeit leiden 10% der Studierenden unter Burn-Out. Schulstress und Zukunftsangst sind wesentliche Gründe dafür, dass bis zu acht Prozent der Jugendlichen unter Depressionen leiden. Doch Frustration, Essstörungen, Drogenmissbrauch, Depressionen und Passivität sind nur eine Reaktion auf unsere Situation. Entgegen aller Behauptungen waren und sind Jugendliche seit Jahren in vielen Bereichen politisch aktiv. Zahlreiche antifaschistische Mobilisierungen, Schulstreiks und Proteste gegen Abschiebungen, SchülerInnenstreiks gegen Arbeitszeitverlängerung und die unibrennt Bewegung, regionale Proteste wie gegen die Verbauung des Seebahnhofs in Gmunden oder die Garage unter der AHS Geblergasse, die Aktionen gegen Atomtransporte und Stuttgart 21 in Deutschland – die Liste ließe sich beliebig verlängern. Die aktuellen Bewegungen setzen bei einem Frustration und einer Wut an, die es seit Jahren gibt. Ein Damm ist gebrochen und die Wut wird nun zu Widerstand.

Generation Aufstand

All das hat mit der Krise vielerorts eine neue Qualität erhalten. Die Tatsache, dass die Regierungen „demokratischer“ Länder so offen und brutal die Interessen der Banken gegen die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung verteidigen, also die Profite weniger Reicher schützen, macht viele zornig.

Die Kürzungen sind oft so brutal, dass Jugendliche gar keine andere Alternative haben, als Widerstand zu leisten. Wer schon zuvor am Rande des Abgrundes stand, kann jetzt nicht noch einen Schritt nach hinten gehen.

Die große Wut verbunden mit dem „nichts-zu-verlieren-Gefühl“ verleiht den Bewegungen auch ihren sehr spontanen Charakter. Schon einfache Mobilisierungen über Facebook und ähnliches bringen zehntausende auf die Straße.

Die besondere Lebenssituation Jugendlicher erlaubt vielen eine freiere Zeiteinteilung. Zumal immer mehr schlachtfrei arbeitslos sind. Das gibt

den Bewegungen einen riesigen Stamm an AktivistInnen. So konnten die Besetzungen öffentlicher Plätze in Spanien über Wochen aufrecht bleiben. Alle Forderungen oder auch die nächsten Schritte wurden so zunächst in aller Breite und über Stunden hinweg diskutiert.

Wir sind nicht alleine

Zu sehen, wie sich Jugendliche in anderen Ländern wehren, macht Mut. Zu sehen, wie brutal die Polizei gegen sie vorgeht, macht wütend. Und zu sehen, wie die PolitikerInnen völlig ignorieren, was Jugendliche fordern, zeigt, dass wir sie nicht brauchen und nicht wollen.

Es ist kein Zufall, dass Jugendliche ein beliebtes Ziel für Kürzungen sind. Sie haben nur begrenzte Möglichkeiten, sich zu wehren. Die Besetzung öffentlicher Plätze alleine setzt keine Regierung ausreichend unter Druck. Ein Streik von SchülerInnen, Studierenden, Lehrlingen, PraktikantInnen oder einfach Arbeitslosen verursacht keinen ökonomischen Schaden und lässt sich relativ leicht von jeder Regierung aussitzen.

Und irgendwann sind auch die Zeit-Ressourcen und die Energie aufgebraucht: Lernstoff für die Uni muss irgendwann aufgeholt werden, irgendwie wieder Geld verdient werden usw...

Doch wir dürfen niemals vergessen: Es geht nicht nur um Jugendliche. „Die Jugend“ gibt es außerdem nicht. Jugendliche kommen aus allen Klassen. Entsprechend sind auch nicht alle im gleichen Ausmaß von den Kürzungen betroffen. Eine Laura Radas oder ein Sebastian Kurz verfügen über ein großzügiges Einkommen und haben keine Ahnung, wie es mir und anderen „normalen“ Jugendlichen geht. Sie sind keine „Vertretung“ von Jugendlichen, sondern trotz ihres jugendlichen Alters unsere GegnerInnen!

Es ist also nicht nur eine Frage des Alters, sondern unserer sozialen Herkunft. Nicht nur Jugendliche sind von den Angriffen der Regierungen betroffen – auch PensionistInnen, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Arme. Wir haben ähnliche Probleme und denselben Gegner.

Verbünden statt isolieren

Bleibt eine Bewegung auf Jugendliche beschränkt, kann sie ihre Ziele nicht erreichen. Gut sichtbar wird das z.B. an der 68er Bewegung in Deutschland. Eine jahrelange Massenbewe-

gung veränderte, obwohl sie diesen Anspruch hatte, nicht viel mehr als Teile der Fassade der Gesellschaft. Es gelang ihr nicht, eine Brücke zum Rest der Bevölkerung zu schlagen und so eine wirkliche Revolution zu bewirken. In Frankreich hingegen löste der Protest aus Unis und Schulen eine Generalstreik-Bewegung aus. Durch dieses Eingreifen der ArbeiterInnenklasse in die Kämpfe geriet Frankreich an den Rand einer Revolution. Hier waren die Studierenden auf die Gewerkschaften zugegangen und konnten mit ihren Forderungen auch ArbeiterInnen mobilisieren.

In Tunesien und Ägypten haben Jugendliche und ArbeiterInnen gemeinsam gegen die Regimes gekämpft. Nicht nur aus „taktischen“ Überlegungen, sondern weil die Interessen dieselben sind. Bei den Platzbesetzungen in Griechenland und Spanien sitzen Studierende mit ihren arbeitslosen Eltern gemeinsam und diskutieren die nächsten Schritte. Mit den Nachbarschaftskomitees und Aktionsgruppen, die überall entstehen, wird auch die Verbindung zur ArbeiterInnenklasse hergestellt. Denn erst die Angst vor der vereinten Kraft der ArbeiterInnenklasse kann eine Regierung und die hinter ihr stehende herrschende Klasse zum Nachgeben bewegen.

In Österreich hatte UniBrennt zwar Forderungen im Programm, die gezielt neue Schichten ansprechen sollten, dahinter stand aber das spürbare Kalkül, diese nur für die eigenen Ziele einzuspannen. Eine echte Möglichkeit, an der Bewegung teilzuhaben und an der Strategie mitzuwirken bestand nicht.

Das soll die Rolle von Jugendbewegungen nicht klein reden: Geschichte und Gegenwart sind voller Beispiele von Jugendbewegungen, die den Weg für eine Bewegung der ArbeiterInnenklasse bereiteten. So wie in Frankreich 68 oder im Iran 79, wo der Widerstand zum Teil aus den Studierendenheimen heraus organisiert wurde. Die Proteste der Studierenden in Britannien gegen die jüngsten Kürzungen brachen den Damm für weitere Proteste und Streiks aus der Gewerkschaftsbewegung.

Jugendliche sind weniger durch die täglichen Verpflichtungen des Lebens (Kinder, Hypothek...) gebunden und auch weniger frustriert von Erfahrungen aus Niederlagen vergangener Bewegungen. So sind es oft sie, die eine Protest-Bewegung beginnen. Sie helfen dabei, die Angst und die Hemmungen bei vielen ArbeiterInnen abzubauen. Ein Uni-Streik alleine baut zwar kaum Druck auf die Regierung auf, aber er bringt Streik als Kampfmittel wieder auf die Tagesordnung. Besonders die bürokratische Führung der Gewerkschaften, die oft lieber Kämpfe verschleppen würde, braucht diesen und ähnlichen Druck, um in Aktion zu treten.

Eltern wissen meist nur allzu gut wie berechtigt die Proteste ihrer Kinder sind, immerhin kennen sie deren Lage oft sehr genau. Wenn die Regierung dann versucht, die Proteste mit Gewalt und Repression zu ersticken, greifen sie oft selber in die Bewegungen ein. Auch so können sich die Proteste ausweiten.

Ihr werdet euch noch wünschen...

Es ist ermutigend zu sehen, wie Jugendliche in anderen Ländern auf die Barrikaden gehen. Die angeblich „unpolitische Generation“ zeigt, zu was sie fähig ist. Die Medien schweigen das meist tot, die Regierungen versuchen zu diffamieren, als gewalttätig darzustellen, lügen und kriminalisieren die Jugendlichen – ein Zeichen dafür, dass sie Panik haben vor uns – der Generation Aufstand!



Von Margarita Döller, SLP-Wien

In Europa geht es rund. Einer Massendemonstration folgte in Spanien sogleich die nächste, in Griechenland gibt es fast monatlich Generalstreiks. Auffällig in beiden Bewegungen ist großes Misstrauen gegenüber Parteien und Organisationen. „Die etablierten Parteien in Spanien werden zurecht angeklagt, den Interessen der Banken und Konzerne zu dienen. Einige Elemente der Bewegung schütten allerdings das

Unter Empörten

Ein Augenzeugenbericht aus Spanien

Von Sebastian Kugler, SLP-Jugend

Anna sitzt vor dem Computer. Fieberhaft arbeitet sie am Entwurf für ein Flugblatt für ihre lokale Asamblea in Barcelona. Asambleas sind Nachbarschaftskomitees, die nun in ganz Spanien aus dem Boden schießen. Wir diskutieren eifrig über den Inhalt. Verstehen die Leute, wenn wir schreiben, die PolitikerInnen handeln nur im Interesse „des Kapitals“? Sollen wir nicht lieber „der Banken und Großkonzerne“ schreiben? Morgen muss das Flugblatt fertig sein, es gibt eine „Cassolada“, ein Topfeschlagen, mit dem die Nachbarschaft ihren Protest gegen die kommunalen Kürzungen ausdrückt. An der Schule neben dem Wohnblock, in dem ich bei einem Genossen von Socialismo Revolucionario (CWI in Spanien) wohne, hängen selbst gemachte Transparente: „Bei der Bildung sparen heißt bei der Zukunft sparen“

Die „Bewegung des 15. Mai“ („15-M“) hat die spanische Politik schwer erschüttert. Eine lang aufgestaute Wut über Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und das Versagen der korrupten politischen Eliten hat sich entladen. In allen größeren Städten Spaniens sind zentrale Plätze besetzt und Camps aufgebaut, Zigeausende beteiligen sich an den Demonstrationen. Die „Indignados“ (Empörte), wie sich DemonstrantInnen nennen, stellen sofort Forderungen nach Verstaatlichung der Banken und Nichtzahlung der Schulden auf. Auf Barcelonas Straßen findet sich ein Graffiti: „Viva la fucking revolution“, überall ist eine „Diesmal aber wirklich!“-Stimmung zu spüren. Hier ist eine Generation aufgestanden, deren Großeltern den Bürgerkrieg gegen den Faschismus verloren haben, und deren Eltern beim Übergang zur „Demokratie“ belogen und betrogen wurden. „Das sind dieselben, die damals mit Franco paktiert haben. Das sind die Nachfolger von denen, die meine Großeltern ermordet haben“, sagt Anna. Ihre Großeltern gaben im spanischen Bürgerkrieg im Kampf gegen Franco ihr Leben. Ich er-

Kind mit dem Bade aus und wollen alle politischen Organisationen von der Bewegung fernhalten. Das führt am Anfang der Bewegung auch zu einer starken Skepsis gegenüber linken Gruppen wie Socialismo Revolucionario, der spanischen Schwesterorganisation der SLP. Mit dem Fortschreiten der Bewegung wird jedoch klar, dass diese „Anti-Organisationsstimmung“ nicht unwidersprochen ist, und vor allem von einer selbst gut organisierten Minderheit propagiert wird.“ berichtet Sebastian Kugler aus Spanien.

Ähnliches auch aus Griechenland: „Es gibt Menschen die glauben, dass die (besetzten) Plätze die Gewerkschafts- bzw. ArbeiterInnenbewegung nicht brauchen oder nicht wollen, weil GewerkschafterInnen die Bewegung ‘patronisieren’ würden. Ihre Bedenken sind nachvollziehbar, aber nicht zutreffend. Wenn die Bewegung der Empörten sich nicht auf die ArbeiterInnenbewegung ausdehnt und nicht mit Streikmobilisierungen vernetzt wird, gibt es eine extrem große Gefahr, dass sie verschwinden wird.“

Woher kommt das Misstrauen gegenüber Organisationen?

Die Anti-Parteien Stimmung, die in vielen europäischen Ländern und v.a. unter Jugendlichen herrscht, ist nachvollziehbar. Korruption und Freunderwirtschaft stehen auf der Tagesordnung der etablierten Parteien. Sie sind außerdem undemokratisch organisiert, Mitglieder an der Basis haben kaum ein Mitspracherecht. Die in Parlamenten sitzenden Parteien sind Teil des Establishments, das von den AktivistInnen abgelehnt wird. Sie alle handeln im Sinne der Wirtschaft, d.h. der bürgerlichen Klasse.

Oft hört man, die Jugend sei unpolitisch und nicht interessiert am politischen Geschehen.

Doch „Politikverdrossenheit“ macht sich in den letzten Jahren auch unter großen Teilen der ArbeiterInnenklasse breit. Viele haben erfahren, dass die gewählten „VertreterInnen“ sich nicht darum kümmern, was das „Wahlvolk“ eigentlich will. Sie lehnen die bestehenden Parteien ab, das Establishment, „die da oben“ - nicht DIE Politik. Es herrscht nicht „Politikverdrossenheit“ sondern „PolitikerInnen-Verdrossenheit“

Organisierung entwickelt sich – mit und ohne Parteien

In jeder politischen Bewegung entwickeln sich Strukturen, um die Proteste zu organisieren. Aktuell sind es in Spanien die lokalen „Asambleas“ (Nachbarschaftskomitees). Ähnliche Strukturen gibt es auch in Griechenland und letztlich in jeder Bewegung. Am Tahrir Platz in Kairo gab es diese Selbstorganisation genauso wie 2001 in Argentinien, 1979 in Teheran, 1918 in Wien, 1917 in Russland oder 1871 in Paris. Neben der Selbstverteidigung und Sicherheit, der Verpflegung, der medizinischen und hygienischen Versorgung organisieren diese Strukturen v.a. die politischen Debatten.

Politische Organisationen, die die Bewegung ehrlich unterstützen und weitertragen wollen, müssen Erfahrungen aus vergangenen Bewegungen und Kämpfen hineinragen und Vorschläge für die nächsten Schritte machen, die auf diesen Erfahrungen aufbauen. Ihre Aufgabe ist es, zu verhindern, dass jedesmal das Rad neu erfunden werden muss, sondern eine neue Bewegung die Fehler der letzten nicht wiederholen muss. Das kann die Bewegung schneller vorwärts bringen.

Konsens herrscht darüber, dass diese Strukturen demokratisch sein müssen - dass sich alle

Teile der Bewegung einbringen und gemeinsam die nächsten Schritte und Forderungen erarbeiten können. Aber es gibt Stimmen, die den Ausschluss von Organisationen und Parteien daran fordern. Sie machen keinen Unterschied zwischen den etablierten Parteien, die die Angriffe führen und den linken, sozialistischen und kämpferischen Parteien, die die Bewegung aktiv unterstützen. Sie orientieren sich nicht an den Inhalten und Forderungen einer Partei, sondern beschränken sich auf die Ablehnung der Struktur Partei an sich. Ähnliche Debatten gab es auch bei der unibrennt Bewegung. Die Grünen haben trotzdem interveniert, und zwar über ihnen nahestehende Studierende, die an Schaltstellen saßen. Der formale Ausschluss von Parteien führt also nur dazu, dass sich Mitglieder der unterschiedlichsten Gruppierungen dann halt anonym beteiligen. Statt dass offen gelegt wird, wer wo politisch steht und damit auch besser einschätzbar ist, wird mit verdeckten Karten gespielt. Das schwächt die Bewegung, anstatt sie zu stärken. Die AktivistInnen sollen sich selber ein Bild machen und dann entscheiden, ob sie Vorschläge und die praktische Unterstützung annehmen wollen.

Vereinnahmung wird nicht durch formalen Ausschluss, sondern durch offene politische Debatte und ein eigenes klares Programm verhindert. Wenn die Bewegung inhaltlich klar positioniert ist und keine faulen Kompromisse eingeht, um Unterstützung von Organisationen zu bekommen – dann kann sie sich wirklich vor Vereinnahmung schützen. Gleichzeitig müssen alle Kräfte, die das gleiche Ziel verfolgen, zusammengefasst werden und sich gemeinsam demokratisch organisieren. Eine politische Partei ist letztlich nur ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam ein Ziel verfolgen.



Ein Kairo in jedem Stadtteil! Freiheit!

2 Schritte vor, einer nach links!

Vorwärts neu: Das Fest!

Fr. 09.09.2011 ab 20 Uhr Wien 10, Wielandg. 2-4

LIVE + LIVE + LIVE:
Holger Burner
Laura Raffetseder, ...

VORWÄRTS Die sozialistische Zeitung seit 1903

Neues, modernes Design!

The image shows a promotional graphic for the launch of the new 'Vorwärts' newspaper design. It features a grid of small images, including flip-flops and a newspaper page snippet.



Schulstress ade! Ferienstress ahoi!

Von Simon Nagy, SLP-Jugend

Zwei Schularbeiten, zwei Tests und vielleicht auch noch ein Referat in einer Woche - vom Schulstress, besonders gegen Ende des Jahres, kann mensch Lieber singen.

Über 30 % aller österreichischen SchülerInnen leiden massiv unter Stress, rund 60.000 SchülerInnen droht jährlich ein Burnout. Durch die Streichung von immer mehr schulfreier Zeit sind die zwei Monate Sommerferien die einzigen Möglichkeiten zur richtigen Erholung vom Lernen und von der schulischen Arbeit. Jedoch kann sogar diese Zeit von immer weniger SchülerInnen für stressfreie Regeneration genutzt werden.

Schluss mit Nachhilfe, her mit einer demokratischen Bildungsreform!

Knapp die Hälfte der österreichischen SchülerInnen benötigt während des Jahres Nachhilfe. Immer mehr müssen nun auch während der Ferien Nachhilfe oder Lerncamps in Anspruch nehmen, um entweder Entscheidungsprüfungen schaffen oder so problemlos wie möglich in das nächste Schuljahr starten zu können. Doch nicht die SchülerInnen werden immer dümmer oder fauler. Durch die Kürzungen ist das Schulsystem immer weniger in der Lage, auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen und den Stoff dementsprechend zu vermitteln.

► Deshalb fordern wir eine Verkleinerung der Klassen, mehr Personal und eine demokratische Lehrplangestaltung. Lernen ist Arbeit und gehört in die Schule, nicht in die Freizeit.

Für ein SchülerInneneinkommen zur finanziellen Unabhängigkeit!

Der zweite erholungsraubende

Aspekt ist die Arbeit in den Ferien. Viele Jugendliche müssen sich aus der Notwendigkeit heraus, sich ihre Freizeitveranstaltungen oder den Urlaub leisten zu können, Ferialjobs organisieren. Einerseits sind hier natürlich die exorbitanten Kosten für Festivals, Konzerte und Fortgehen selbst zu kritisieren, andererseits die nicht existente Erholung vom Schuljahr, wenn die Hälfte der Ferien mit Arbeit verbracht wird.

► Wir treten für ein SchülerInneneinkommen ein. Schule ist Arbeit und SchülerInnen sollen nicht unter der finanziellen Situation ihrer Eltern leiden.

Weg mit den unterbezahlten Pflichtpraktika!

Noch schlimmer sieht die Situation im Falle von Praktika aus: gewisse Schultypen wie Hotelfachschulen, Textilschulen oder diverse Wirtschaftsschulen verpflichten SchülerInnen zu meist zwei- oder dreimonatigen Ferialpraktika in mehreren Sommerferien. Die Absurdität hierbei liegt darin, dass die Arbeitenden eigentlich normale Beschäftigte sind und nach dem Kollektivvertrag bezahlt werden müssen – inklusive Sonderzahlungen. Nachdem aber viele LehrerInnen an diesen Schulen in den betreffenden Branchen und teilweise auch Unternehmen tätig sind, informieren sie die SchülerInnen kaum über ihre Rechte. Daraus resultierend werden sehr viele dieser „Praktika“ nicht korrekt nur mit einem Taschengeld bezahlt – ob sie irgendeinen Lerneffekt haben, ist ohnehin fraglich.

► Wir fordern die Verlegung von Pflichtpraktika in die Unterrichtszeit. Volle Aufklärung über die Rechte als Beschäftigte durch die Gewerkschaft in der Schule – ohne Anwesenheit von Lehrpersonal. Und eine anschließende Überprüfung der jeweiligen Bezahlungen durch AK und ÖGB.



Will the Revolution Be On Facebook?!

Von Sedef Yavuz, SLP-Jugend

Die arabischen Revolutionen werden von den Medien als „Facebook-Revolutionen“ bezeichnet. „Auslöser“ soll das Internet gewesen sein. Auslöser für diese Ereignisse waren aber die sozialen Probleme, das Internet war dabei die Verbreitungsmethode der heutigen Zeit. Denn jede Generation von AktivistInnen nützt die neuesten technischen Möglichkeiten, um mehr Menschen zu mobilisieren. Immerhin haben 6 von 10 Jugendlichen in Österreich ein virtuelles Profil. Über Webcafés etc. haben auch in ärmeren Ländern viele – v.a. jugendliche – Menschen Zugang zum Internet. Waren es bei den SchülerInnenstreiks 2009 SMS-Ketten, die die Jugendlichen auf die Straße gebracht haben, so machen das heute Facebook, Twitter & Co.

Sieg durch Online-Proteste?

Immer wieder finden im Internet Flashmobs statt. Profile und Seiten RechtsextremistInnen werden zugesamt oder gehackt. Für den Moment denken wir, wir hätten etwas verändert, etwas erreicht. Es reicht aber nicht, nur etwas zu „liken“. Mensch muss schon selber auf die Straße gehen, sein/ihr Gegenüber sehen, und Diskussionen führen. Eine Unterschrift allein verändert die Welt genausowenig wie ein Mausklick. Der seelenlose Ziegelstein hat in Facebook doppelt so viele FreundInnen wie H.C.Strache – gestoppt hat das den Aufstieg der FPÖ nicht. Die Wut, die wir gegen das System haben, müssen

wir auf die Straße tragen! Denn Internet und Handy reichen leider nicht immer aus...

... weil der Staat dazwischenfunkt

Gerade in Diktaturen wie China, Syrien oder dem Iran verbreiten die RegimekritikerInnen ihre Informationen über das Internet. Es ist ein wichtiges Medium – und doch ist es beschränkt. Wenn das dem Staat nicht passt, wird mal eben das Internet abgeschaltet. Diese Einschränkung der Meinungs- und Redefreiheit findet schon auch mal in den westlichen „Demokratien“ statt – Handys funktionieren z.B. plötzlich auf Demos nicht mehr. So wie jede Bewegung immer alle technischen Möglichkeiten nutzt, geht der Staat auch mit allen Mitteln dagegen vor. Die deutsche Polizei spionierte bei den Antifa-Protesten in Dresden tausende AntifaschistInnen aus.

Internet ist gut, die Straße ist noch besser!

Es ist sehr gut, dass wir Hilfsmittel zur Verfügung haben, die eine Mobilisierungskraft besitzen. Schließlich müssen wir alles in Anspruch nehmen, was möglich ist. Per Internet kann Mobilisierung stattfinden. Aber gewinnen können wir nicht im virtuellen Raum, sondern nur in der realen Welt. Die Demonstrationen und Streiks sind dafür verantwortlich, dass z.B. der tunesische Diktator Ben Ali gestürzt worden ist. Also: Internet ist gut, die Straße ist noch besser!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

GMUNDEN

jeweils Sonntag, 19.00 Uhr,
„Wiener Café“, Esplanade Gmunden

GRAZ

Mittwoch, 18.00 Uhr
(während der Sommermonate nicht
regelmäßig: Infos unter www.slp.at)
„Stockwerk“, Jakominplatz 18

LINZ

jeweils Samstag, 17.00 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG-STADT

jeweils Dienstag, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

SLP-Sommerdebatten bis 14. 9.
Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria La Piazza“, 20., Gaußplatz 7

Themen unter anderem:

Mittwoch, 20. Juli 2011:
Kampf dem Staat - aber wie?
mit einer/m Vertreter/in der
Autonomen Antifa Wien

Mittwoch, 17. August 2011:
Italien – 10 Jahre nach Genua!
10 Jahre Kämpfe gegen Berlusconi
mit Giuliano Brunetti, CWI-Italien

Weitere Themen auf www.slp.at

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen
ohne eigenes Einkommen
EUR 10,00

* Normalpreis
EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.
Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerlauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733

Demos, Interventionen und ein Seminar

Von Karin Wottawa, SLP-Wien

Der Juni begann mit einem Seminar. In Referaten, Arbeitskreisen, Liedern wurden Themen wie „Krise reloaded“ und die unterschiedlichen Positionen zur Nationalen Frage besprochen. Beim Seminar und bei unseren Aktivitäten war Ungarn zentral. Im Juni fanden gleich zwei Interventionen statt – am 16. Juni bei Gewerkschaftsaktionen und am 18. Juni bei der Budapester Regenbogenparade. Durchaus skurril war der Protest von sozialdemokratischen Feuerwehrleuten, PolizistInnen und Armeeangehörigen: Er fand in Form einer Clownsdemo gegen Kürzungen statt. SLP-Aktivist Tilman Ruster berichtet über die Übergriffe durch Nazis auf die Regenbogenparade: „Flankiert von massiven Sicherheitsvorkehrungen zog die Parade durch

Budapest. Hinter den Sicherheitsabsperrungen lauerten Neonazis. Der zentrale Oktagon, über den die Parade gehen sollte, wurde von Nazis besetzt. Die Polizei ließ die Nazis einfach auf dem Platz und die Demo wurde umgeleitet. Letztendlich gab es sehr wohl Übergriffe, auch auf einen Bus österreichischer AktivistInnen.“

Proteste in Österreich

Seit Monaten ist die SLP aktiv gegen das von allen Landtagsparteien unterstützte Spitals-Kürzungspaket in Oberösterreich. Federführend dabei ist SLP-Mitglied Lisa Wawra in Gmunden. Am 9. Juni sprach Lisa bei der Gewerkschaftsdemonstration in Linz dann auch gleichberechtigt mit AktivistInnen aus ÖGB und SPÖ. Im Gegensatz zu diesen hob sie aber die Notwendigkeit von Klassen-

kämpfen hervor und hatte die Forderung, die Proteste weiter zu führen und eine Aktionskonferenz zu veranstalten.

Gegen das in Wien stattfindende WEF-Treffen organisierte die SLP eine Kundgebung. Und der Staatsapparat hat es sich einiges kosten lassen, Proteste einzuschüchtern. Die „Sicherheitsmaßnahmen“ des Staates für unsere Kundgebung waren beachtlich. Für 5-10 TeilnehmerInnen wurden acht(!) vollbesetzte Einsatzwagen abgestellt, von denen vier bis zum Ende blieben. Die PolizistInnen waren teilweise seit 36 Stunden im Einsatz. Die – vom Staat verursachten – Kosten sind enorm!

Außerdem gab es Aktionen zu laufenden Kampagnen, wie etwa gegen den Abriss des Studierendenwohnhauses Haus Döbling und gegen den Bau einer Tiefgarage im Gymnasium Geblergasse sowie in Solidarität mit den Kämpfen

von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Spanien und Griechenland.

Widerstand in Graz

Der Parteitag der FPÖ verlief nicht ohne Widerstand: Bereits am 17. Juni gab es ein „Lichtermeer gegen Rechts“. Am 18. Juni kam es den ganzen Tag zu Protesten. SLP-Mitglied Moritz Eckl berichtet: „Ab 8 Uhr 30 wurde vor der Grazer Messe protestiert, es gab Redebeiträge, in denen auch SLPlernInnen das Wort ergriffen, eine Podiumsdiskussion, eine Demo zum Augarten sowie eine Spontankundgebung, um die FPÖ gebührend zu verabschieden. Die SLP war bei allen Aktionen mit einem starken, kämpferischen Block vertreten. Gegen Ende verbuchten wir auch einen bemerkenswerten Zeitungsverkauf.“



Neues aus dem CWI

Von Jan Millonig,
SLP-Oberösterreich

„Wenn wir zusammen streiken, können wir zusammen siegen!“

Britannien: Aktuell werden in England umgerechnet ca. 3,1 Milliarden bei Pensionen im öffentlichen Sektor gekürzt. Das Antrittsalter soll auf 68 Jahre erhöht werden, ebenso die Beiträge. Das wäre, neben Gehaltsfrierungen, Angriffen auf Arbeitsbedingungen, Privatisierung und Arbeitsplatzabbau, ein weiterer heftiger Schlag gegen den öffentlichen Dienst.

Dagegen haben die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten und drei Gewerkschaften des Bildungsbereiches am 30. Juni massive Streiks im ganzen Land gegen die Pensionskürzungen, aber auch die Kürzungen insgesamt abgehalten. Eine knappe Million streikte und sie wurden breit unterstützt, auch von nicht-streikenden Gewerkschaften. 80-90% der Londoner Schulen waren geschlossen, im ganzen Land gab es Aktionen. Das war der größte gewerkschaftlich koordinierte Streik gegen das Kürzungs- und Privatisierungspaket der Con-Dem-Regierung. Der 30. Juni kann ein wesentliches Element im Aufbau einer Massenbewegung im Herbst sein, wo Streiks von mehreren Millionen ArbeitInnen möglich sind.

Die „Socialist Party“ (CWI in England & Wales) hat den gewerkschaftlichen Widerstand aktiv unterstützt und fordert weitere Kampfmaßnahmen unter Einbeziehung aller Gewerkschaften für den Sturz der Koalitionsregierung.

**Streik bedroht Regime –
Regime bedroht Streikführer**

Kasachstan: Mitte Juni wurde das Auto von Esenbek Uktshabayev, Mitglied von „Socialist Movement Kazakhstan“ (CWI in Kasachstan), lebensbedrohlich sabotiert. Hintergrund dieses Attentates ist der Streik der Öl- und GasarbeiterInnen im Westen des Landes, dem immer mehr ArbeiterInnen folgen. U.a. haben die Unternehmen Gehälter seit Monaten nicht ausgezahlt. Mittlerweile gab es einige Zugeständnisse - das aber nur aufgrund der „Solidarität und Entschlossenheit“ der ArbeiterInnen, wie es Andrei Prigor, einer der Streikführer und ebenfalls CWI-Mitglied, ausdrückt. Der sich schon ein Monat hinziehende Streik richtet sich nicht nur gegen die ausbeuterischen Unternehmen, sondern auch gegen das Regime von Präsident Nazarbayev. Dieses versucht die Streiks auszusitzen, doch die ArbeiterInnenklasse von Kasachstan ist entschlossen und verzweifelt und bringt damit das politische System zum Schwanken.

Syrien: Die Massenproteste gehen trotz brutaler Unterdrückung durch das Regime weiter

Revolution bis zum Sieg!

Von Georg Maier, SLP-Salzburg

Inpiriert durch die Aufstände in anderen arabischen Ländern rollt seit März eine Protestwelle durch Syrien. Massendemonstrationen in Homs, Hama und unzähligen anderen Städten und Dörfern erschüttern die Herrschaft von Al-Assads Baath-Partei. Das Regime reagiert mit blutiger Unterdrückung. Nach Angaben von Oppositionellen wurden bis Ende Juni bis zu 1.600 Menschen getötet.

Armut und Unterdrückung führen zu Aufständen

Vor dem Hintergrund fallender Ölneinnahmen setzte das Regime in den letzten Jahren auf Privatisierungen und Deregulierungen. In Industriestädten wie Homs und Dayr Az-Zawr wurden Tausende entlassen. Die Subventionen von Grundnahrungsmitteln wurden gekürzt. Löhne stagnierten oder fielen, während die Inflation stieg. Banken-, Telekom- und Bausektor wurden liberalisiert. Die Öl- und Gasindustrie ist teilweise privatisiert oder wird als Joint-Ventures mit Multis geführt. Eine kleine Schicht um den Präsidenten-Clan konnte sich maßlos bereichern.

15 verschiedene Geheim- und Sicherheitsdienste sollen die Bevölkerung im Zaum halten. Folter war und ist Normalität. In der Vergangenheit gab es zwar Unterdrückung, aber zumindest eine gewisse soziale Sicherheit – die Politik der letzten Jahre bedeutete für die Masse der Bevölkerung einen dramatischen Einbruch im Lebensstandard, während die Unterdrückung aufrecht blieb. Ein Pulverfass, das nur darauf wartete, zu explodieren.

Ethisches und religiöses Sektierertum

Al-Assad wirft der Bewegung vor, das Land entlang ethnischer und religiöser Linien zu spalten und es in den Bürger-



krieg zu treiben. Tatsächlich hat das Regime selbst von Beginn an religiöse Spaltung und ethnische Unterdrückung forcier. Die Mehrheit der SyrerInnen sind sunnitische AraberInnen (ca. 74%). Dazu kommen noch weitere religiöse und ethnische Gruppen (ChristInnen, AssyrerInnen, KurdInnen, etc.). Die zentralen Machtpositionen sind in einer Teile-und-Herrsche-Strategie fast ausschließlich von AleviInnen besetzt (ein Ableger des schiitischen Islam).

Bis jetzt zeigt die Bewegung bemerkenswerte Widerstandskraft gegenüber religiösem Sektierertum. Die Moslembruderschaft spielt eine untergeordnete Rolle. In den lokalen Koordinationskomitees der AktivistInnen sind Menschen aller ethnischen und religiösen Gruppen vertreten.

Der Bürgerkrieg wird vom Regime selbst geführt. Die Belagerungen von Dara'a, Jisr Al-Shogur und anderen Städten haben Hunderten das Leben gekostet. Ganze Dörfer werden „gesäubert“ und die Ernte verbrannt. Viele Soldaten, die sich dem Befehl auf fried-

liche DemonstrantInnen zu schießen widersetzen, wurden hingerichtet.

„Keine Zugeständnisse – keine Verhandlungen!“ (Demospruch)

Trotz der Brutalität ist dem Regime bewusst, dass es Zugeständnisse machen muss. So wurde schon zu Beginn der Proteste formal der seit 1963 geltende Ausnahmezustand aufgehoben. Zahlreichen KurdInnen, die bis jetzt ohne Staatsbürgerschaft im Land lebten, wurde diese versprochen. Das Regime versucht auch Teile der Opposition zu integrieren, um die Bewegung so zu spalten. All das hat nicht zum Ende der Proteste geführt. Die Massen haben ihre Forderungen weiterentwickelt - das Regime muss fallen. Bis jetzt hat Al-Assad in Teilen der Bevölkerung, vor allem in den wirtschaftlich besser gestellten Städten Damaskus und Aleppo (wo auch der Großteil der Staatsbürokratie konzentriert ist) noch eine gewisse Unterstützung. In den ArbeiterInnen- und Elendsvierteln am Stadtrand von Damaskus

kommt es allerdings schon seit März zu Massendemonstrationen gegen das Regime. Das Regime selbst ist auch nicht homogen, die Möglichkeit einer Spaltung der Herrschenden ist imminent und könnte Al-Assad das Rückergrat brechen.

Entscheidend ist es jetzt, die Bewegungen und die lokalen Komitees zu vernetzen und so eine organisatorische Gegenmacht zum Regime aufzubauen, die die Bewegung weiterentwickeln kann. Ethnische und religiöse Spaltung kann und muss überwunden werden, damit die Revolution erfolgreich ist.

Es ist noch nicht absehbar, ob die Revolution erfolgreich sein wird. Klar ist aber, dass sich das Regime, selbst wenn es ihm gelingt die aktuelle Bewegung niederzuschlagen, nicht auf Dauer Befestigung haben wird. Al-Assads kapitalistische Diktatur hat den Massen nichts anzubieten außer Armut und barbarische Unterdrückung – letztlich kann eine geeinte Massenbewegung der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Armen das Schicksal des Regimes besiegen.

Türkei: AKP-Wahlerfolg kann soziale Kämpfe nicht aufhalten

Von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Bei den türkischen Parlamentswahlen am 12. Juni haben ca. 50% die konservativ-islamische AKP gewählt, und eine neue neoliberalen Alleinregierung ermöglicht. Überraschungssieger ist ein Bündnis rund um die kurdische BDP und türkische SozialistInnen. 36 KandidatInnen gelang der Sprung ins Parlament. Sechs von ihnen wurden direkt aus dem Gefängnis gewählt.

Eine Regierungspartei gewinnt Wahlen? Diesbezüglich blickt die herrschende Klasse in Europa neidisch auf die Türkei. Warum ist die AKP erfolgreich? Während im Jahr 2000 eine Koalition aus konservativen Parteien und der kemalistischen CHP mehrere Sparpakete durchsetzen wollte und sich in Skandale verwinkelte, baute die AKP in den verarmten Vorstädten ihre islamischen Sozialzentren auf. Auf der Basis sozialpopulistischer und islamistischer Rhetorik konnte sich die AKP – hinter der GroßunternehmerInnen und islamische MillionärInnen stehen – als soziale Alternative präsentieren. An der Regierung positionierte die AKP die Türkei als Brücke zwischen der arabi-

schen Welt, Europa und den ehemaligen sowjetischen Kaukasusrepubliken. Niedriglöhne und Steuergeschenke lockten internationale Investitionen an. Nach einem kurzen Einbruch der Wirtschaft 2008 wuchs sie 2010 wieder um 8,9%. Im jüngsten Wahlkampf präsentierte sich die AKP als Garantin für den weiteren Aufschwung.

Nur wenige profitieren vom Wachstum

In den Produktionsstätten der internationalen Konzerne herrscht extremer Arbeitsdruck, Rechtlosigkeit und Leiharbeit, im boomenden Dienstleistungssektor Hungerlöhne und unsichere Arbeitsverträge. Viele kurdische und türkische ArbeiterInnen haben begonnen, sich dagegen zu wehren. Typisch dafür sind: Der monatelange Streik der ArbeiterInnen des privatisierten Tabakmonopolisten „Tekel“, die Streiks in der Metallbranche, der UPS-Streik und die Massendemonstrationen am 1. Mai. Die kemalistische CHP versucht mit linker Rhetorik auf diesen Zug aufzuspringen, eine Taktik die durchschaut wird. Daher das schlechte Abschneiden bei der Wahl.

Wahlblock für „Arbeit, Demokratie und Freiheit“

Bei dieser Wahl ist es der kurdischen BDP gemeinsam mit türkischen SozialistInnen gelungen, ein Wahlbündnis zu bilden und 36 Mandate zu erreichen. Hinter diesem Erfolg steht hohes politisches Bewusstsein bei vielen KurdInnen. Der Wahlkampf war sehr entschlossen und als politische Bewegung mit Demos, Aktionen, Protesten geführt.

Chance für neue Kraft

Die Anerkennung des Mandats für den inhaftierten linken kurdischen Abgeordneten Hatip Dicle (das nun ein AKP-Mandatar bekommen soll), die schleppende Freilassung der anderen noch eingesperrten MandatarInnen und die polizeilichen Angriffe auf Protestkundgebungen Ende Juni zeugen, wie bedroht sich das Regime durch die Entwicklung fühlt.

Ist es auf Basis dieses Wahlerfolges nun möglich, eine linke Dachpartei zu bilden? Bis jetzt gibt es Gespräche über die Zusammenarbeit verschiedener

linker Gruppen mit der BDP. Jeder Schritt in diese Richtung ist begrüßenswert. Um wirklich eine neue politische Vertretung der türkischen und kurdischen ArbeiterInnen zu werden, muss eine solche Partei mehr sein, als eine Absprache oder Verschmelzung verschiedener linker Gruppen. Eine Orientierung auf die bestehenden Klassenkämpfe und die Integration kämpferischer GewerkschafterInnen ist besonders wichtig. Der Wahlerfolg gibt vielen KurdInnen und Linken mehr Selbstvertrauen und ist daher ein wichtiger Ansatz für die Intervention in kommende Klassenkämpfe und damit ein Schritt in die Richtung einer solchen neuen Partei. In der Türkei ist für eine solche neue politische Kraft die Positionierung zur kurdischen Frage zentral: Die Verteidigung aller demokratischen und kulturellen Rechte der KurdInnen inklusive des Selbstbestimmungsrechts, das auch das Recht auf einen eigenständigen Staat beinhaltet, gehört dazu. Wenn sich diese Partei auch noch auf Kämpfe wie den Tekel-Kampf stützt, könnte sie in den nächsten Monaten eine ernstzunehmende linke Alternative werden.

INTEGRATION KOMMT ZU KURZ

Neues Staatssekretariat soll Staatsrassismus verschleiern

Von Helga Schröder, SLP-Wien

Fremdenrecht und Integration dürfe man nicht vermischen und das neue Staatssekretariat biete die Chance, das zu trennen, betont Sebastian Kurz, Staatssekretär für Integration. Typisch für die Methode des Staatsrassismus: Eine perfide Trennung zwischen Erwünschten und Unerwünschten – und zwar entlang der Interessen der Wirtschaft. Der Kampfbegriff „Integration“ wird verwendet, um das eigentliche Ziel – die möglichst profitable Verwertung der Arbeitskräfte – zu verschleiern. Die Fremdenrechtsänderungen werden immer menschenunwürdiger. Das Innenministerium betreibt tödliche Abschiebungspolitik und wer von Mikl-Leitner nicht deportiert werden kann, wird von Kurz „integriert“.

ÖVP-Signal an FPÖ-Klientel

Mit Fotos in Döner-Buden und dem Zugestehen von Kopftüchern als Ausübung der Religionsfreiheit will sich Kurz als weltoffener Politiker darstellen. Tatsächlich fordert er u.a. in Moscheen Predigten in deutscher Sprache und schließt eine Koalition mit der FPÖ nicht aus. Kurz ist Vertreter des neoliberalen Flügels der ÖVP. Mit Gerede über Förderung von Projekten, „bei denen Leistung und Eigenverantwortung zählen“ und „Wenn man in Österreich fleißig ist, wenn man sich anstrengt, Deutsch kann, was weiterbringen will, kann man in Österreich seinen Weg machen.“ versucht er, MigrantInnen die Verantwortung für ihre miese soziale Lage in die Schuhe zu schieben. Letztlich ist er aber v.a. ein Signal an FPÖ-WählerInnen. Jung, fesch (?) und teilweise mit FPÖ-Rhetorik soll er Strache Stimmen wegnehmen.

Verlogene „Integrations“debatte

Mit medienwirksamer Forderung von „Lerncafés“ für SchülerInnen mit Migrationshintergrund will Kurz „die Kids aus den Parks holen“. Fragt sich nur, warum Kids nicht in Parks sein sollen und wie mit einem(!) Lerncafé pro Bundesland den vielen Jugendlichen geholfen werden soll, die im Bildungssystem extrem be-



Mit Fotos in Döner-Buden und dem Zugestehen von Kopftüchern als Ausübung der Religionsfreiheit will sich Sebastian Kurz als weltoffener Politiker darstellen. Tatsächlich fordert er u.a. in Moscheen Predigten in deutscher Sprache und schließt eine Koalition mit der FPÖ nicht aus.

nachteilt werden und sich keine Nachhilfe leisten können. Die „Integrationsdebatte“ ist verlogen. Ehrliche „Integration“ würde voraussetzen, dass alle, die hier leben voll akzeptiert und gleichgestellt sind und niemand diskriminiert wird. Das ist aber von den Herrschenden nicht gewünscht, vielmehr sollen inländische und migrantische ArbeiterInnen gegeneinander ausgespielt werden. „Integration“ wird als Kampfbegriff für eine Politik des Sozialabbaus und Lohndrucks und der Selektion von MigrantInnen verwendet. Mit dem „Leistungsargument“

wird so getan, als ob viele MigrantInnen „faul“ wären. Tatsächlich ist das Problem nicht, dass sie nicht arbeiten wollen, sondern viele nicht arbeiten dürfen!

Die herrschende Politik versteht unter Integration eine einseitige Verpflichtung von MigrantInnen, sich „anzupassen“ an nicht näher definierte Verhaltensweisen oder scheinbare „kulturelle“ Begebenheiten. Sie sollen sich assimilieren, zu Niedriglöhnen arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen und sonst möglichst nicht sichtbar sein.

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-
- stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

Volle gleiche soziale und demokratische Rechte für alle hier lebenden!

Kurz fordert ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr „für jene die es brauchen“. Unter dem Deckmantel der Integration stärkt die Regierung Repressionen wie Strafen und Bedrohung mit Abschiebung. Die „Integrationsvereinbarung“ ist z.B. keine Vereinbarung, sondern eine einseitige Verpflichtung für MigrantInnen. Seit Juli haben ZuwanderInnen nur noch zwei statt fünf Jahre Zeit für den Erwerb grundlegender Deutschkenntnisse. Da wird dann plötzlich nicht mehr zwischen Integration und Fremdenrecht getrennt. Kurz verwendet Deutschkenntnisse als Druckmittel und stellt sie als Allheilmittel dar, um von wirklichen Problemen abzuwenden. Doch würden auch viele ÖsterreicherInnen die diversen Tests nicht bestehen! Probleme gibt es – doch verantwortlich sind die neoliberalen Politik, Sozialabbau und Rassismus. Unerhöhlige Mieten und Niedriglöhne zwingen MigrantInnen in billige und überfüllte Wohnungen. Zu große Gruppen und Klassen, zuwenig LehrerInnen führen zu schulischen Problemen bei Kindern mit und ohne deutscher Erstsprache. Das Verbot zu arbeiten verhindert soziale Integration und fördert Erwerbslosigkeit von MigrantInnen. Diskriminierung und prekäre Beschäftigung verursachen Armut von MigrantInnen. Wenn man sich dann gegenseitig hilft, kommt die Keule der „Parallelgesellschaft“. MigrantInnen werden diskriminiert und weitgehend rechtlos gehalten. Statt Schikanen und Repressionen gegen MigrantInnen braucht es:

- Jobs für alle - Mindestlohn, Mindestpension, Mindestarbeitslosengeld von 1.300 Euro netto und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche statt Überstunden, prekäre Beschäftigung und Geld für Banken und Konzerne
- Wohnungen für alle - Klare Obergrenzen bei Mieten, öffentliches Investitionsprogramm in sozialen Wohnbau. Wohnen darf maximal 10 % des Einkommens kosten
- Bildung für alle – gemeinsame öffentliche Schule für alle 6-18jährige mit Unterstützung und Förderung für alle SchülerInnen statt Eliteschule und Nachhilfe für wenige